

NJW Praxis 60

Pflichtteilsrecht

von
Dr. Hans Klingelhöffer

4. Auflage



Verlag C.H. Beck München 2014

Verlag C.H. Beck im Internet:
www.beck.de

ISBN 978 3 406 64877 9

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de

NJW Praxis

im Einvernehmen mit den Herausgebern der NJW
herausgegeben von
Rechtsanwalt Felix Busse

Band 60

beck-shop.de

beck-shop.de

Pflichtteilsrecht

von

Dr. Hans Klingelhöffer

Rechtsanwalt beim Bundesgerichtshof Ettlingen

4., völlig überarbeitete, Auflage 2014



beck-shop.de

Zitierweise: Klingelhöffer, Pflichtteilsrecht, 4. A.

www.beck.de

ISBN 978 3 406 64877 9

© 2014 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck: Druckhaus Nomos
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: Druckerei C. H. Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

beck-shop.de

Für Martina

beck-shop.de

beck-shop.de

Vorwort der 4. Auflage

Die dritte Auflage dieser Schrift ist im Jahre 2009 erschienen. Schon damals wurde eine Reform des Pflichtteilsrechts diskutiert. Nach jahrelangen Beratungen der gesetzgebenden Organe hat der Bundestag schließlich am 2. Juli 2009 eine Reform des Pflichtteilsrechts verabschiedet, die am 1. Januar 2010 in Kraft getreten ist. Diese Änderungen sind neu bearbeitet.

Die vierte Auflage berücksichtigt Rechtsprechung und Schrifttum bis Juni 2014. Der Einfluss des Sozialrechts, die Lebensversicherungen, Stiftungen, Pflichtteilsentziehung, Pflichtteilsverzicht und Internationales Privatrecht sind ausführlicher als bisher behandelt, da diese umstrittenen und wichtigen Themen nicht abschließend geklärt sind. Der Verfasser hält an seinem Grundsatz fest, ein Werk vorzulegen, das sich an den Bedürfnissen der Praxis orientiert und vor allem auf der Rechtsprechung aufbaut.

Wie bei den Voraufagen ist der Verfasser für Kritik und Anregungen dankbar.

Ettlingen, im August 2014

Hans Klingelhöffer

beck-shop.de

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Literatur- und Abkürzungsverzeichnis	XXI
1. Teil. Einführung in die Problematik des Pflichtteilsrechts	1
A. Testierfreiheit und Beteiligung von nahen Angehörigen am Nachlass	1
B. Die Stellung des Pflichtteilsrechts im Verfassungsrecht	5
C. Tendenzen der Rechtsprechung	10
D. Reform des Pflichtteilsrechts	11
E. Terminologie	14
2. Teil. Der Kreis der Pflichtteilsberechtigten	15
A. Abkömmlinge	15
B. Angenommene Kinder	16
C. Ehegatten und Lebenspartner	16
D. Eltern	17
E. Einschränkung des Pflichtteilsrechts der Eltern und entfernter Abkömmlinge	17
F. Kein Pflichtteilsrecht anderer Verwandter	18
3. Teil. Pflichtteilsunwürdigkeit und Pflichtteilsentziehung	21
A. Einführung	21
B. Pflichtteilsunwürdigkeit	21
C. Pflichtteilsentziehung	23
4. Teil. Sachliche Voraussetzungen des Pflichtteilsanspruchs	35
A. Die gesetzliche Regelung	35
B. Pflichtteilsanspruch trotz Zuwendung des Erblassers	37
C. Beschränkungen und Beschwerden des hinterlassenen Erbteils	39
5. Teil. Inhalt des Pflichtteilsanspruchs	43
A. Unabdingbarkeit	43
B. Geldanspruch	48
C. Kein Anspruch auf Nachlassgegenstände	49
D. Abweichende vertragliche Regelung	50
E. Auswirkungen bei Pflichtteilsfällen mit Auslandsberührung	51
F. Rang des Pflichtteilsanspruchs	51
6. Teil. Die Pflichtteilsquote	53
A. Grundsatz	53
B. Einfluss des Ehegüterrechts auf den Pflichtteil von Abkömmlingen	53
C. Pflichtteilsquote des Erbersatzberechtigten (bei Erbfall vor dem 1.4.1998)	55
D. Pflichtteil des Ehegatten	55
7. Teil. Schuldner des Pflichtteils(ergänzungs)anspruchs	57
A. Pflichtteilsanspruch	57
B. Schuldner des Pflichtteilsergänzungsanspruchs	61
8. Teil. Entstehung, Übertragung und Erlöschen des Pflichtteilsanspruchs	63
A. Entstehung und Fälligkeit des Pflichtteilsanspruchs	63
B. Übertragung und Pfändung des Pflichtteilsanspruchs	66
C. Erlöschen des Pflichtteilsanspruchs	75

9. Teil. Recht auf Auskunft und Wertermittlung	81
A. Einführung in das Problem	81
B. Wesen der Auskunft	83
C. Wertermittlung	101
D. Eidesstattliche Versicherung	104
10. Teil. Wert des Nachlasses	107
A. Das Problem	107
B. Die einzelnen Nachlassgegenstände	109
C. Nachlassverbindlichkeiten	136
11. Teil. Einfluss von Vermögensübertragungen unter Lebenden	151
A. Allgemeines	151
B. Die gesetzliche Regelung	151
12. Teil. Verträge über das Pflichtteilsrecht unter Lebenden	187
A. Erb- und Pflichtteilsverzicht	187
B. Verträge zwischen Pflichtteilsberechtigten	194
13. Teil. Internationales Privatrecht	197
A. Der kollisionsrechtliche Grundsatz	197
B. Problemfälle	199
C. Hinweise für die Praxis	204
14. Teil. Pflichtteilsrecht und Einigungsvertrag	205
A. Vorbemerkung	205
B. Die gesetzliche Regelung	205
C. Erbfälle vor dem 3. Oktober 1990	206
D. Einfluss des VermG auf Pflichtteilsansprüche	207
15. Teil. Erbschaftsteuer	211
A. Einführung	211
B. Die gesetzliche Regelung	211
C. Die maßgebliche Erbquote	213
D. Pflichtteilergänzungsanspruch	213
E. Steuerklasse und Freibeträge	214
F. Der Pflichtteil in der Erbschaftsteuer des Erben	214
16. Teil. Der Pflichtteilsprozess	215
A. Vorbemerkung	215
B. Einzelheiten	215
17. Teil. Kostenrecht	237
Stichwortverzeichnis	239

Inhaltsverzeichnis

1. Teil. Einführung in die Problematik des Pflichtteilsrechts	1
A. Testierfreiheit und Beteiligung von nahen Angehörigen am Nachlass	1
I. Die verschiedenen gesetzgeberischen Lösungen	1
1. Die nationalen Modelle	1
2. Historische Ursachen	2
3. Schutz des überlebenden Ehegatten	2
4. Struktur und Funktion der deutschen Regelung	3
II. Rechtstatsachen	3
1. Ausgangspunkt	3
2. Berliner Testament und Pflichtteil	3
3. Kinder und zweiter Ehegatte	4
4. Übertragung unter Lebenden	4
III. Die psychische und materielle Situation des Pflichtteilsberechtigten und des Erben	4
B. Die Stellung des Pflichtteilsrechts im Verfassungsrecht	5
I. Die Rechtsprechung des BVerfG	5
1. Entwicklung der Rechtsprechung bis 2002	5
2. Die Stellungnahme von Papier	5
3. Der grundlegende Beschluss v. 19.4.2005	6
4. Keine Unterhaltssicherungsfunktion des Pflichtteils	6
5. Keine Verfassungswidrigkeit anderer Pflichtteilsnormen	6
6. Kritik des Schrifttums	7
7. Stellungnahme	7
8. Fehlen von Rechtstatsachen	8
II. Die Auffassung des BGH	8
III. Kritik	8
IV. Ausweichversuche	9
1. Ursachen	9
2. Umwege zur Vermeidung des Pflichtteils	9
3. Ausweichen auf ausländische Rechtsordnungen	9
4. Wertung	10
C. Tendenzen der Rechtsprechung	10
I. Ausdehnung des Auskunftsanspruchs	10
II. Erweiterung der Zehn-Jahresgrenze	10
III. Beweiserleichterung	11
IV. Einbeziehung von unbenannten Zuwendungen	11
D. Reform des Pflichtteilsrechts	11
I. Ausgangspunkt	11
II. Interessengegensatz	12
III. Kritik	12
IV. Die Reform vom 2. Juli 2009	12
1. Inhalt	12
2. Inkrafttreten	13
3. Hinweis zum Text	13
E. Zur Psychologie des Pflichtteilsrechts	13
I. Emotionale Auseinandersetzung	13
II. Hinweis für den Anwalt	13
III. Hinweis für das Gericht	14
F. Terminologie	14

2. Teil. Der Kreis der Pflichtteilsberechtigten	15
A. Abkömmlinge	15
B. Angenommene Kinder	16
C. Ehegatten und Lebenspartner	16
I. Grundsatz	16
II. Einfluss eines Ehescheidungsverfahrens	16
1. Die gesetzliche Regelung	16
2. Beratungsrisiken	17
D. Eltern	17
E. Einschränkung des Pflichtteilsrechts der Eltern und entfernter Abkömmlinge ..	17
I. Die gesetzliche Regelung	17
II. Ratio legis	18
F. Kein Pflichtteilsrecht anderer Verwandter	18
3. Teil. Pflichtteilsunwürdigkeit und Pflichtteilsentziehung	21
A. Einführung	21
I. Problemlage	21
II. Unterschied zwischen Pflichtteilsunwürdigkeit und Pflichtteilsentziehung ..	21
B. Pflichtteilsunwürdigkeit	21
I. Die Tatbestände	22
1. Mord oder Totschlag	22
2. Verhinderung, dass der Erblasser ein Testament errichtet oder aufhebt (§ 2239 Abs. 1 Nr. 2)	22
3. Täuschung oder Drohung	22
4. Fälschungshandlungen (§ 2339 Abs. 1 Nr. 4)	22
II. Geltendmachung	22
C. Pflichtteilsentziehung	23
I. Allgemeines	23
II. Form	23
1. Grundsatz	23
2. Einzelfälle	24
III. Beweislast	24
IV. Die Entziehungstatbestände	25
1. Die bisherige gesetzliche Regelung	25
2. Körperliche Misshandlung	25
3. Verbrechen und schweres vorsätzliches Vergehen	26
4. Ehrloser und unsittlicher Lebenswandel	26
5. Lebenswandel des Ehegatten kein Entziehungsgrund	27
6. Analoge Anwendung auf andere Sachverhalte?	28
7. Pflichtteilsbeschränkung aus guter Absicht	28
8. Verzeihung	29
V. Klärung der Wirksamkeit der Pflichtteilsentziehung zu Lebzeiten des Erblassers	30
1. Die Rechtsprechung	30
2. Selbstständige Beweiserhebung zu Lebzeiten des Erblassers	30
VI. Reform des Rechts der Pflichtteilsentziehung	30
1. Die Neuregelung	30
2. Die bisher ergangenen Entscheidungen	31
3. Probleme der Neuregelung	31
3. Rückwirkung der neuen Entziehungsgründe?	33
4. Teil. Sachliche Voraussetzungen des Pflichtteilsanspruchs	35
A. Die gesetzliche Regelung	35
I. Erklärung des Erblassers	35
II. Inhalt der Erklärung	35

III. Einsetzung als Nacherbe	36
1. Grundsatz	36
2. Zuwendung von weniger als dem halben oder dem halben Erbteil	36
3. Zuwendung über der Pflichtteilsquote	36
IV. Beratungspflicht des Notars	36
V. Einsetzung auf den Pflichtteil	37
VI. Absichtliche Ausschließung des Erbrechts; Verhältnis zur Anfechtung	37
VII. Begründung für Ausschluss des Erbrechts	37
B. Pflichtteilsanspruch trotz Zuwendung des Erblassers	37
I. Pflichtteilsrestanspruch	38
II. Restanspruch bei Ehegattenpflichtteil	38
III. Zuwendung eines Vermächtnisses	38
C. Beschränkungen und Beschwerden des hinterlassenen Erbteils	39
I. Der Regelungsgehalt von § 2306	39
1. Grundsatz	39
2. Einzelfragen	39
3. Materielles, nicht quotales „Mehr oder Weniger“	40
II. Gefahren bei der anwaltlichen Beratung	41
1. Einsetzung auf den halben Erbteil	41
2. Erbteil größer als ein Halb	41
3. Zusammentreffen von § 2305 und § 2306	41
III. Reform	42
IV. § 2306 und Erbersatzanspruch	42
5. Teil. Inhalt des Pflichtteilsanspruchs	43
A. Unabdingbarkeit	43
I. Grundsatz	43
II. Verwirkungs- und Pflichtteilsstrafklauseln	43
1. Zulässigkeit	43
2. Wirtschaftliche Auswirkung	46
3. Anwaltliche Risiken	47
4. Verwirkungsklausel bei Geltendmachung des Pflichtteilsanspruchs durch den Sozialhilfeträger	47
B. Geldanspruch	48
I. Grundsatz	48
II. Vor- und Nachteile des Geldanspruchs	48
1. Wirtschaftliche Wertung	48
2. Auswege	48
III. Hinweise für die rechtliche Beratung	49
IV. Geldanspruch als Teil des konkreten Nachlasses	49
1. Grundsatz	49
2. Zuordnungsprobleme	49
C. Kein Anspruch auf Nachlassgegenstände	49
D. Abweichende vertragliche Regelung	50
I. Übertragung von Nachlassgegenständen	50
II. Wirtschaftliche Erwägungen	50
III. Steuerrechtliche Folgen	50
E. Auswirkungen bei Pflichtteilsfällen mit Auslandsberührung	51
F. Rang des Pflichtteilsanspruchs	51
6. Teil. Die Pflichtteilsquote	53
A. Grundsatz	53
B. Einfluss des Ehegüterrechts auf den Pflichtteil von Abkömmlingen	53
I. Gütertrennung	53

II. Zugewinnngemeinschaft	54
1. Erhöhung des Erbteils	54
2. Getrennter Ausgleich des Zugewinns	54
III. Gütergemeinschaft	54
IV. Auswirkung auf den Pflichtteilsanspruch der Eltern	54
C. Pflichtteilsquote des Erbersatzberechtigten (bei Erbfall vor dem 1.4.1998)	55
D. Pflichtteil des Ehegatten	55
I. Einfluss des Güterrechts	55
II. Großer und kleiner Pflichtteil	55
III. Einfluss von ehevertraglichen Mischformen	56
IV. Rechtsnatur des Zugewinnausgleiches im Todesfall	56
7. Teil. Schuldner des Pflichtteils(ergänzungs)anspruchs	57
A. Pflichtteilsanspruch	57
I. Erbe als Schuldner	57
1. Grundsatz	57
2. Nachweis der Erbenstellung	57
3. Gesamtschuldnerische Haftung	57
II. Personen kraft Amtes als Schuldner	57
1. Keine Passivlegitimation des Testamentsvollstreckers	57
2. Passivlegitimation des Nachlasspflegers	58
3. Passivlegitimation des Insolvenzverwalters	59
III. Beschränkung des Anspruchs auf den Nachlass bis zur Teilung	59
IV. Haftung nach der Teilung	59
V. Pflichtteilslast bei Vermächtnissen	60
1. Die gesetzliche Regelung	60
2. Vorrang von § 2322	60
3. Rückforderung nach unterlassener Kürzung	60
4. Sicherung des eigenen Pflichtteilsrechts	60
5. Pflichtteilslast von Dritten	60
6. Abweichende Regelung des Erblassers	61
B. Schuldner des Pflichtteilsergänzungsanspruchs	61
I. Grundsatz	61
II. Haftung des Beschenkten	61
1. Grundsatz	61
2. Umfang der Haftung	62
3. Tenorierung des Urteils	62
8. Teil. Entstehung, Übertragung und Erlöschen des Pflichtteilsanspruchs	63
A. Entstehung und Fälligkeit des Pflichtteilsanspruchs	63
I. Entstehung	63
II. Stundung	63
1. Die gesetzliche Regelung	63
2. Einzelfälle	63
3. Verfahren	64
4. Reform	64
5. Gefahren der erweiterten Stundungsmöglichkeit	64
III. Verzug	65
1. Voraussetzung eines höheren Verzugszinses	65
2. Gerichtliche Geltendmachung	65
3. Hinweis für die Prozessführung	65
B. Übertragung und Pfändung des Pflichtteilsanspruchs	66
I. Abtretung	66
II. Gesetzlicher Forderungsübergang	66
1. Forderungsübergang bei Sozialhilfe	66
2. Ergänzungspflegschaft	68

III. Vererbung	68
1. Grundsatz	68
2. Ungewollte Folgen	68
3. Vorbeugung	69
IV. Pfändung	69
1. Die gesetzliche Regelung	69
2. Verwertung des Pflichtteilsanspruchs	69
3. Verfahrensrechtliche Hinweise	70
4. Drittschuldner	70
5. Untaugliche Umgehungsversuche	70
V. Mittelbarer Druck zur Geltendmachung von Pflichtteilsansprüchen	70
1. Unterhaltsrechtliche Obliegenheit zur Geltendmachung des Pflichtteilsanspruchs	70
2. Sozialrechtliche Obliegenheit zur Geltendmachung des Pflichtteilsanspruchs	71
3. Geltendmachung durch den Schuldner wegen Restschuldbefreiung	72
4. Geltendmachung von Pflichtteilsansprüchen durch Minderjährige oder unter Vormundschaft Stehende	74
VI. Gläubigeranfechtung bei Nichtgeltendmachung des Pflichtteilsanspruchs	74
1. Grundsätzlich keine Anfechtung	74
2. Ausnahme: Anfechtbare Abtretung des Pflichtteilsanspruchs	74
C. Erlöschen des Pflichtteilsanspruchs	75
I. Erfüllung	75
II. Verjährung	75
1. Die bis zum 31.12.2009 geltende Regelung	75
2. Einzelfälle	75
3. Verlängerung der Verjährung	76
4. Hemmung der Verjährung	77
5. Die ab 1.1.2010 geltende Regelung	79
III. Verwirkung	80
9. Teil. Recht auf Auskunft und Wertermittlung	81
A. Einführung in das Problem	81
I. Praktische Bedeutung	81
II. Gesetzliche Ausgangslage	81
1. Auskunftsanspruch	81
2. Kritik	82
B. Wesen der Auskunft	83
I. Die Rechtsprechung	83
II. Anspruch auf Auskunft über Bewegungen auf Konto des Erblassers?	83
1. Auskunftsspflicht des Erben	83
2. Auskunftsspflicht der Bank	84
3. Grundsätzlich kein Anspruch auf Bankunterlagen	84
III. Auskunftsberechtigter	85
1. Anspruch nach § 2314	85
2. Auskunft hinsichtlich im Ausland belegener Nachlasswerte	86
3. Anspruch nach § 242	87
4. Einsicht in Nachlassakten	89
5. Auskunftsanspruch gegenüber dem Grundbuchamt	89
6. Besichtigung von Nachlassgegenständen und Einsicht in Unterlagen	90
IV. Anspruchsgegner	91
1. Erbe	91
2. Schenkungsempfänger	91
3. Nicht Testamentsvollstrecker	91
V. Inhalt der Auskunft	92
1. Allgemeines zum Nachlassverzeichnis	92
2. Verzeichnis für Nachlassgericht nicht ausreichend	93
3. Aufbau des Nachlassverzeichnisses	93

4. Wertangaben	94
5. Vorlage von Belegen	94
6. Unsichere Anspruchsgrundlage	94
7. Äußere Form des Verzeichnisses	95
8. Auskunft über Schenkungen	95
9. Auskunft über Stiftungen	95
10. Auskunft über unbenannte Zuwendungen	96
11. Form und Arten des Verzeichnisses	96
12. Unterschrift des Erben	99
13. Berichtigung und Ergänzung des Verzeichnisses	99
14. Ort der Errichtung des Verzeichnisses	100
C. Wertermittlung	101
I. Die gesetzliche Regelung	101
II. Wertermittlung nach § 242	101
III. Kostentragung	102
IV. Inhalt des Anspruchs	102
1. Sachverständigengutachten	102
2. Vorlage von Kaufverträgen	102
V. Darlegungs- und Beweislast	103
VI. Zweckmäßigkeit und Zeitpunkt von Gutachten	103
1. Der Kostenfaktor	103
2. Kostentragung	104
3. Beispiel	104
4. Verwendbarkeit von Sachverständigengutachten	104
D. Eidesstattliche Versicherung	104
I. Die gesetzliche Regelung	104
1. Die Rechtsnorm	104
2. Verfahrensrechtliche Voraussetzungen	105
II. Bedeutung in der Praxis	105
1. Durchführung der eidesstattlichen Versicherung	105
2. Kriterien für den Anspruch auf die Versicherung an Eides statt	105
III. Hinweise für die Prozessführung	106
10. Teil. Wert des Nachlasses	107
A. Das Problem	107
I. Grundsätzlich Verkehrswert	107
II. Der „wahre, innere“ Wert	107
1. Die Rechtsprechung	107
2. Kritik	107
B. Die einzelnen Nachlassgegenstände	109
I. Grundstücke	109
1. Allgemeine Probleme	109
2. Imponderabilien der Bewertung	109
3. Bewertung durch Sachverständige	109
4. Abgrenzung zur Auseinandersetzung zwischen Miterben	110
5. Bewertungskriterien in der Rechtsprechung	110
II. Unternehmen	114
1. Allgemeines	114
2. Bewertungsgrundsätze	116
3. Gesellschaftsanteile	120
4. Abfindungsklauseln	120
5. Abschreibungsgesellschaften	121
III. Landwirtschaftlicher Betrieb	122
1. Die gesetzliche Regelung	122
2. Normzweck	123
3. Begriff	123
4. Maßgeblicher Zeitpunkt	124

5. Begrenzung des Ertragswertes auf den landwirtschaftlichen Kern	124
6. Latente Ertragssteuer	125
7. Landesrechtliche Bewertungszahlen	125
8. Beweisfragen	125
IV. Bargeld	125
V. Bankguthaben	126
VI. Wertpapiere	126
1. Bewertungsgrundsätze	126
2. Spekulationssteuer	128
VII. Forderungen	128
1. Nennwert	128
2. Berücksichtigung der Einkommensteuer	128
3. Bei Aufrechenbarkeit keine Konfusion	128
4. Wiederkehrende Leistungen	129
VIII. Insbesondere: Steueransprüche und -vorteile	129
1. Grundsatz	129
2. Zusammenveranlagung	129
3. Negative Einkünfte	129
IX. Lebensversicherungen	130
1. Grundsätzlich kein Teil des Nachlasses	130
2. Einbeziehung der Lebensversicherung in die letztwillige Verfügung	130
3. Auswirkung auf das Pflichtteilsrecht	130
X. Fahrzeuge	130
1. Verkaufswert	130
2. Liebhaberfahrzeuge	131
XI. Gegenstände des persönlichen Gebrauchs	131
XII. Haushaltsgegenstände und Möbel	131
1. Fehlende Verkäuflichkeit	131
2. Unterhaltungselektronik	131
3. Teppiche	131
XIII. Kunstgegenstände	132
1. Grundsatz und Problematik	132
2. Einzelheiten	132
3. Vorschläge des Schrifttums	132
XIV. Schmuck, Wertsachen, Sammlungen	133
XV. Sonstige Rechte	133
1. Allgemeines	133
2. Bedingte, unsichere und zweifelhafte Rechte	133
3. Lastenausgleichsansprüche	134
4. Gewerbliche Schutzrechte, insbesondere Leistungsschutzrechte	134
5. Persönlichkeitsrechte	135
6. Anwartschaftsrechte	135
7. Beteiligung an einem fremden Nachlass	136
C. Nachlassverbindlichkeiten	136
I. Allgemeines	136
II. Geldforderungen, Darlehen	136
1. Unbezahlte Rechnungen	136
2. Darlehen	136
3. Haftung für Schulden von Unternehmen	136
4. Beitragsrückstände bei Versorgungsunternehmen	137
5. Keine Konfusion	137
III. Grundschulden, Hypotheken, Bürgschaften	137
1. Valutierung maßgeblich	137
2. Kein doppelter Ansatz von Grundpfandrecht und des den Ertragswert mindernden Schuldendienstes	137
3. Rückgriffsansprüche	138
IV. Reallasten, Nießbrauch	138
1. Rechtsprechung	138
2. Kapitalwert	138

V. Gesamtschuldnerschaft	139
1. Grundsatz	139
2. Abweichung von der hälftigen Zuordnung	139
3. Unbenannte Zuwendung durch gesamtschuldnerische Zahlung	139
VI. Durch Lebensversicherung abgesicherte Schulden	139
1. Lösung der Rechtsprechung	139
2. Rückzahlung des Kredits durch Lebensversicherungsprämien	140
VII. Rückforderung unbenannter Zuwendungen	140
VIII. Negative Kapitalkonten	141
1. Grundsatz	141
2. Auffüllungspflicht als Nachlassverbindlichkeit	141
IX. Steuerschulden	141
1. Ausnahmen bei unbekanntem Auslandsvermögen	142
2. Steuerschuld aus gemeinsamer Veranlagung	142
3. Erbschaftsteuer	142
4. Latente Ertragssteuer	142
X. Testamentsvollstreckervergütung	143
XI. Erbfallschulden	143
1. Unproblematische Verbindlichkeiten	143
2. Kosten des unter fachkundiger Hilfe erstellten Nachlassverzeichnisses	143
3. Kosten der Nachlassverwaltung	144
XII. Zugewinnausgleichsforderung	144
XIII. Voraus	144
1. Die gesetzliche Regelung	144
2. Rechtsgrundverweisung	144
3. Keine Pflichtteilseigenschaft	145
XIV. Erbersatzanspruch	145
XV. Zweifelhafte Verbindlichkeiten	145
XVI. Unterhaltsschulden	146
1. Einführung	146
2. Der Unterhaltsanspruch des geschiedenen Ehegatten	146
XVII. Pflegeleistungen	148
11. Teil. Einfluss von Vermögensübertragungen unter Lebenden	151
A. Allgemeines	151
B. Die gesetzliche Regelung	151
I. Anrechnung	152
1. Inhalt der gesetzlichen Regelung	152
2. Kriterien der Anrechnungsbestimmung	152
3. Nach der Zuwendung erklärte Anrechnung unbeachtlich	152
4. Adressat der Anrechnungsbestimmung	153
5. Anrechnung bei Destinatären einer Stiftung	153
6. Beweislast	153
7. Berechnung	154
8. Anrechnung und Zugewinnausgleich im Todesfall	154
II. Ausgleichung	155
1. Inhalt der Regelung	155
2. Abgrenzung zur Anrechnung	155
3. Ausgleichungspflicht für besondere Leistungen des Abkömmlings	156
4. Zusammentreffen von Ausgleichung, Anrechnung und Pflichtteilsergänzung; Auskunftsanspruch	156
III. Ergänzung des Pflichtteils	157
1. Das Problem	157
2. Die gesetzliche Regelung	157
3. Sicherung des künftigen Pflichtteilsergänzungsanspruchs?	184
4. Bösgläubigkeit des Beschenkten zu Lebzeiten des Erblassers?	185
5. Ausschluss des Pflichtteilsergänzungsanspruchs nach § 242	185

12. Teil. Verträge über das Pflichtteilsrecht unter Lebenden	187
A. Erb- und Pflichtteilsverzicht	187
I. Die gesetzliche Regelung	187
1. Grundsatz	187
2. Sachliche und persönliche Beschränkungen des Pflichtteilsverzichts	187
3. Form des Pflichtteilsverzichts	187
II. Inhalt und Auslegung der Erklärung	188
III. Wirkung des Verzichts	189
IV. Kausalgeschäft und Abfindung	189
1. Vertragsgestaltung, Vorteile und Risiken	189
2. Pflichtteilsverzicht im unwirksamen Ehevertrag	190
3. Verträge mit Minderjährigen	191
4. Pflichtteilsverzicht des Sozialleistungsbeziehers	191
5. Anfechtung	192
6. Steuerrechtliche Folgen	193
7. Inhaltskontrolle des Pflichtteilverzichts	193
B. Verträge zwischen Pflichtteilsberechtigten	194
13. Teil. Internationales Privatrecht	197
A. Der kollisionsrechtliche Grundsatz	197
I. Erbstatut	197
II. Pflichtteilergänzungsanspruch	197
III. Ermittlung des Erbstatuts	197
IV. Europäische Erbrechtsverordnung (EuErbVO)	198
1. Grundsatz	198
2. Statutenwechsel	198
3. Ordre public	199
B. Problemfälle	199
I. Vorbemerkung	199
II. Lex rei sitae	200
1. Ausgangssituation	200
2. Zusammentreffen von deutschem Pflichtteil, action en réduction und Pflichtteilergänzung	200
3. Unwirksames Testament nach der lex rei sitae	200
4. Erbrecht des überlebenden Ehegatten	200
III. Wohnsitzrecht	201
IV. Gesetzesumgehung	201
V. Verlagerung von Vermögenswerten zur Pflichtteilssteuerung	201
1. Fälle und praktische Bedeutung	201
2. Anwendung der Vorbehaltsklausel	202
VI. Kumulierung von Pflichtteilsansprüchen	203
1. Das Problem	203
2. Normendiskrepanz	203
3. Anrechnung bei Kumulierung	204
C. Hinweise für die Praxis	204
14. Teil. Pflichtteilsrecht und Einigungsvertrag	205
A. Vorbemerkung	205
B. Die gesetzliche Regelung	205
C. Erbfälle vor dem 3. Oktober 1990	206
I. Grundsatz	206
II. Exkurs: Das Pflichtteilsrecht der früheren DDR	206
III. Gemeinschaftliches Testament nach DDR-Recht	206
IV. Nachlass-Spaltung ab 1. Januar 1976	207

D. Einfluss des VermG auf Pflichtteilsansprüche	207
I. Das Problem	207
II. Die Rechtsprechung des BGH	208
III. Verjährung	208
IV. Schicksal früherer Vereinbarungen	208
V. Bewertung des Anspruchs	209
15. Teil. Erbschaftsteuer	211
A. Einführung	211
B. Die gesetzliche Regelung	211
I. Verlangen des Pflichtteils	211
II. Besteuerungsgrundlagen	212
III. Empfehlung für die Praxis	212
IV. Stundung und Zinsen	213
C. Die maßgebliche Erbquote	213
D. Pflichtteilsergänzungsanspruch	213
E. Steuerklasse und Freibeträge	214
F. Der Pflichtteil in der Erbschaftsteuer des Erben	214
16. Teil. Der Pflichtteilsprozess	215
A. Vorbemerkung	215
B. Einzelheiten	215
I. Zuständigkeit	215
II. Klage	216
1. Klagearten	216
2. Klageantrag	220
3. Darlegungs- und Beweislast	221
III. Urteil	225
1. Teilverteil	225
2. Tenorierung bei Klage gegen beschenkten Erben	226
IV. Rechtsmittel	226
1. Beschwer	226
2. Hinweis für die Prozesspraxis	227
3. Berufung	227
4. Revisionsverfahren	228
V. Zwangsvollstreckung	232
VI. Arrestverfahren	233
VII. Schiedsgerichtsverfahren	233
1. Das verfahrensrechtliche Problem	233
2. Der Streitstand im Schrifttum	234
VIII. Mediation	236
17. Teil. Kostenrecht	237
Stichwortverzeichnis	239